

5 Interkantonale Zusammenarbeit

5.1 Universitäts-Kinderspital beider Basel

Das Budget 2007 des UKBB basiert auf einem stationären Leistungsvolumen von 41'000 Pflgetagen, was einer leichten Zunahme gegenüber dem Jahr 2005 entspricht. Die durchschnittlichen Erträge von Garanten werden um rund 10 Franken pro Pflgetag zunehmen. Dieser Mehrertrag wird den Trägerkantonen vollständig weitergegeben, da der dafür massgebende Bruttosatz von 1'400 Franken pro Pflgetag konstant bleibt. Die Beiträge der beiden Trägerkantone für den stationären Leistungseinkauf sind gegenüber 2005 um 459'000 Franken tiefer budgetiert.

Die ambulanten Erträge sind aufgrund von Mehrleistungen und der entfallenden Rückstellung für TARMED-Risiken um 1.9 Mio. Franken höher budgetiert als in der Jahresrechnung 2005. Die Beiträge für Lehre und Forschung werden nach einer detaillierten Erhebung im Herbst 2005 von 12.8 Mio. Franken auf 10.7 Mio. gekürzt, die Beiträge der Trägerkantone für übrige Leistungen werden von 8 Mio. Franken im Budget 2006 auf 7 Mio. Franken reduziert. Insgesamt ergeben sich somit Mindererträge von 1.9 Mio. Franken gegenüber der Jahresrechnung 2005.

Die Personalkosten nehmen von 66.5 auf 68.5 Mio. Franken zu. Der Hauptgrund hierfür sind die notwendigen Neueinstellungen aufgrund der Vorgaben im revidierten Arbeitsgesetz. Ausserdem wurde für die Jahre 2006 und 2007 ein Teuerungsausgleich gemäss Vorgaben des Kantons Basel-Stadt ins Budget aufgenommen.

Der Sachaufwand nimmt um 948'000 Franken gegenüber der Jahresrechnung 2005 zu. Dafür verantwortlich sind einerseits externe Konsilien (750'000 Franken) welche ab 2007 im medizinischen Bedarf ausgewiesen werden und andererseits die Auslagerung der Küche und des Personalrestaurants am Standort BS (560'000 Franken), welche neu in der Position Haushalt enthalten sind.

Unter dem Strich ergibt sich für das Jahr 2007 ein budgetiertes Betriebsergebnis von +734'000 Franken.

5.2 Fachhochschule Nordwestschweiz

Die Finanzierungsbeiträge der Trägerkantone an die FHNW sind im mehrjährigen Leistungsauftrag der Periode 2006-2008 von den Parlamenten festgelegt worden. Die Beiträge gelten als Vorgabe, innerhalb derer die FHNW zu budgetieren hat. Aufgrund der internen terminlichen Planung des Budgetierungsprozesses der FHNW liegt das Budget jeweils erst im letzten Quartal des Vorjahres vor. Über das Budget 2007 der FHNW können zum heutigen Zeitpunkt daher noch keine Aussagen gemacht werden. Im Frühjahr 2006 wurde von Vertretern der Trägerkantone und der FHNW ein Konzept für die Berichterstattung der FHNW an die Trägerkantone erarbeitet. Der Fachhochschulrat verabschiedet das FHNW-Budget jeweils im Dezember zuhanden der Trägerkantone.

Im laufenden Budget 2006 der FHNW wird ein Defizit in der Erfolgsrechnung von rund 9 Mio. Franken bei einem Gesamtaufwand von 317 Mio. Franken prognostiziert. Ziel der FHNW ist es, in den beiden Folgejahren das Defizit zu kompensieren. Der Fachhochschulrat definiert derzeit die Strategie und leitet die notwendigen Massnahmen ein, die die Umsetzung des Leistungsauftrags 2006-2008 sicherstellen und zu einem ausgeglichenen Budget führen. Der Halbjahresbericht 2006 der FHNW zeigt, dass die FHNW bei weiterhin rigorosem Kostenmanagement gute Chancen hat, unter dem für das erste Betriebsjahr budgetierten Defizit abzuschliessen.

5.3 Universität Basel

Mit der Vorlage über die gemeinsame Trägerschaft vom 27. Juni 2006 (2006/179) haben die Regierungen von Basel-Landschaft und Basel-Stadt ihren Parlamenten einen Staatsvertrag und einen Leistungsauftrag für die Universität Basel zur Genehmigung vorgelegt. Gemäss neuem Staatsvertrag beläuft sich der Beitrag des Kantons Basel-Landschaft an die Universität im Jahr 2007 auf 127.5 Mio. Franken, derjenige von Basel-Stadt auf 132.1 Mio. Franken. Der baselandschaftliche Beitrag, der neu auch anteilmässig die Leistungen der Spitäler für die Universität sowie eine Abgeltung der Gebäudemieten umfasst, wird im Budget der BKSD eingestellt. Die Veränderung für den Kanton gegenüber 2006 beläuft sich auf netto rund 15.8 Mio. Franken. Für eine detaillierte Darstellung der Finanzierung und der Finanzplanung der Universität in den Jahren 2007 bis 2009 sei auf die Vorlage 2006/179 verwiesen.

Der Universitätsrat legt auf dieser Basis bei einem Gesamtaufwand von 498 Mio. Franken und beim gegenwärtigen Planungsstand ein leicht defizitäres Budget 2007 vor (-1.1 Mio. Franken, Abweichung -0.2% vom Gesamtaufwand). Der Aufwand für die klinische Medizin beläuft sich dabei auf 79 Mio. Franken. Es wird ein Ausgleich beim effektiven Abschluss angestrebt, was aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre als realistisch erscheint. Mehreinnahmen gegenüber dem Budget 2006 werden, neben den erhöhten Beiträgen der Trägerkantone, aus der Interkantonalen Universitätsvereinbarung (IUV, + 2.7 Mio. Franken), aus dem Beitrag des Bundes gemäss Universitätsförderungsgesetz (UFG; + 0.5 Mio. Franken), aus Drittmitteln (+ 1 Mio. Franken) sowie aus den Studiengebühren (+ 0.7 Mio. Franken) erwartet.

Das Budget der Universität bestimmen drei Entwicklungen, welche die Universität geprägt haben und die sich kontinuierlich verstärken. Zum ersten zeigen sich die Auswirkungen der Portfoliomassnahmen, deren schrittweise Umsetzung im Gang ist. Zum zweiten muss die Universität kurzfristig das anhaltende Wachstum mit den steigenden Studierendenzahlen, mit dem Auf- und Ausbau von Forschungsschwerpunkten und die damit einhergehenden Ausstattungs- und Raumprobleme bewältigen. Schliesslich beeinflusst die mit dem Staatsvertrag angestrebte gemeinsame Trägerschaft der Universität die weiteren Entwicklungsperspektiven, da die Finanzierungsbeiträge für die nächsten Jahre vorgegeben sind. Die Profilbildung soll weiter vorangetrieben werden. Gemäss Leistungsauftrag sind dies die proaktive Verteidigung und Stärkung der Life Sciences, die verstärkte Schwerpunktbildung in den Geistes- und Sozialwissenschaften, die Verbesserung der Position in den Rechts- und Gesellschaftswissenschaften sowie die verstärkte organisatorische und funktionale Annäherung von thematisch benachbarten Fachbereichen.

5.4 Motorfahrzeugprüfstation beider Basel (MFP)

Die Motorfahrzeugprüfstation beider Basel (MFP) führt im Auftrag der beiden Kantone die gesetzlich vorgesehenen amtlichen Fahrzeug- und Führerprüfungen durch. Sie erhebt hierfür einheitliche und kostendeckende Gebühren, welche von den Regierungen Basel-Stadt und Basel-Landschaft festgelegt werden.

Das Budget 2007 der MFP rechnet mit einem Aufwand von 9.038 Mio. Franken (Budget 06 = 8.75 Mio. Franken) und mit einem Ertrag von 9.038 Mio. Franken (Budget 06 = 8.75 Mio. Franken). Die MFP rechnet somit mit einem ausgeglichenen Saldo im Budget 2007.

5.5 Leistungsaustausch mit Basel-Stadt

Baselland wendet 2007 rund 10% des budgetierten Haushalts auf für die Abgeltung von Leistungen, die im Kanton Basel-Stadt erbracht werden, oder für Beiträge an gemeinsame Aufgaben (z.B. Universität Basel).

Aufgrund der geplanten gemeinsamen Trägerschaft der Universität Basel hat sich bei den Transferströmen eine Umverteilung zu Gunsten der Nettoabgeltungen an Basel-Stadt und zu Lasten der Beiträge an gemeinsame Aufgaben mit Basel-Stadt ergeben.

Bei den **Nettoabgeltungen** handelt es sich um Leistungseinkäufe bzw. Leistungsverkäufe in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Volkswirtschaft/Umwelt, Kultur und Sicherheit. Die budgetierten Nettoabgeltungen für Leistungseinkäufe bzw. Leistungsverkäufe haben gegenüber dem Vorjahresbudget um 112.6 Mio. Franken oder 56.9% abgenommen. Diese Abnahme resultiert in den Bereichen Bildung (-104.8 Mio. Franken wovon Universitätsvertrag -103.4 Mio. Franken; Sonderschulung und Jugendhilfe -0.9 Mio. Franken; Lehrerbildungs- und Schulabkommen -0.3 Mio. Franken; Betreuung behinderter Erwachsener -0.1 Mio. Franken; Neukonzeption von Brückenangeboten +0.5 Mio. Franken; Handelsschule KV Basel -0.5 Mio. Franken; Studien- und Studentenberatung -0.1 Mio. Franken), Gesundheit (-6 Mio. Franken, wovon Rückerstattungen von der Universität Basel -3.2 Mio. Franken; Universitätsspital Basel -1.2 Mio. Franken; Augenspital Basel -0.1 Mio. Franken; Bürgerspital Chrischona +0.3 Mio. Franken; Regionales Schulabkommen für Aus- und Weiterbildung -2.3 Mio. Franken; Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger BL/BS +0.5 Mio. Franken). Die Ausgaben im Bereich Volkswirtschaft und Umwelt werden um 1.4 Mio. Franken sinken (Basler Verkehrsbetriebe +0.6 Mio. Franken; Basler Verkehrsbetriebe - Linie 6 Allschwil -1.5 Mio. Franken; Zusammenarbeit in Rheinschiffahrts- und Hafenangelegenheiten -0.5 Mio. Franken). Im Bereich Sicherheit ist eine Abnahme der Nettoabgeltungen von 0.9 Mio. Franken (Einmietung UG Sissach) geplant.

Tabelle 10: Kennzahlen zum Leistungsaustausch mit Basel-Stadt.

	R2000	R2001	R2002	R2003	R2004	R2005	B2006	B2007
Nettoabgeltungen an BS	167	163	181	165	181	188	198	86
Beiträge an gemeinsame Aufgaben mit BS	48	53	55	56	61	59	24	178
Abgeltungen und Beiträge an gemeinsame Aufgaben mit BS	215	216	236	221	242	247	222	264
Aufwand Laufende Rechnung BL	2'221	2'211	2'434	2'272	2'429	2'468 ¹⁵	2'549	2'625
Abgeltungen und Beiträge in % des Laufenden Aufwandes	9.7	9.8	9.7	9.7	10.0	10.0	8.7	10.0
Investitionen in regionale Infrastrukturvorhaben	16	8	13	5	5	5	5	22.5

Die **Beiträge an gemeinsame Aufgaben** nehmen um 154.1 Mio. Franken zu. Rund 157.5 Mio. Franken resultieren aus dem neuen Universitätsvertrag, welcher vorsieht, dass die Universität neu als gemeinsame Trägerschaft mit Basel-Stadt geführt wird. Darin enthalten ist das zinslose Darlehen¹⁶ von 30 Mio. Franken. Im Bereich Gesundheit ist eine Abnahme von 4.1 Mio. Franken (Universitäts-Kinderspital beider Basel UKBB (Kinderspitalvertrag -3.9 Mio. Franken sowie Kontakt- und Anlaufstelle Basel -0.2 Mio. Franken), im Bereich Volkswirtschaft/Umwelt eine Zunahme von 0.3 Mio. Franken und im Bereich Sicherheit eine Zunahme von 0.4 Mio. Franken (Euro 08 +0.6 Mio. Franken) geplant.

Gegenüber dem Vorjahresbudget nehmen die Investitionen in regionale Infrastrukturvorhaben um 17.4 Mio. Franken zu (Neubau UKBB und Neubau für die Hochschule für Pädagogik und Sozialarbeit der FHNW; vgl. Kap. 6.1).

¹⁵ Aufwand der Laufenden Rechnung beim operativen Ergebnis.

¹⁶ Es handelt sich um eine einmalige Zahlung, welche keine nachhaltige Plafondserhöhung zur Folge hat. Ohne das Darlehen von 30 Mio. Franken würden sich die Abgeltungen und Beiträge an gemeinsame Aufgaben mit BS auf 234 Mio. Franken belaufen, was 8.9% des Aufwandes der Laufenden Rechnung entspricht.